



Kommunales Wahlprogramm Piratenpartei Deutschland Kreisverband Mittelhaardt

Inhaltsverzeichnis:

Präambel:	3
Allgemeine Programmpunkte für den gesamten Kreisverband	4
<i>Bürgerbeteiligung und politische Transparenz</i>	4
<i>Transparente Verwaltung</i>	4
<i>Ratsinformationssystem verbessern</i>	4
<i>Stadtratssitzungen online übertragen</i>	5
<i>Öffentlich-private Partnerschaften transparent machen</i>	5
<i>Datenschutz auf allen politischen Ebenen</i>	5
<i>Soziales</i>	6
<i>Öffentlicher Personennahverkehr</i>	6
<i>Flächendeckend behindertengerechte Busse einsetzen</i>	6
<i>Bedarfsgerechtes Angebot</i>	6
<i>Fahrgastrechte im Busverkehr</i>	7
Programm Neustadt an der Weinstraße	8
<i>Digitale Kultur</i>	8
<i>Genehmigungspflicht für Videoüberwachung</i>	8
<i>Öffentlicher Personennahverkehr</i>	9
<i>Park-and-Ride-System</i>	9
<i>Jugend</i>	9
<i>Infrastruktur</i>	9
<i>Renovierung Bahnhofsvorplatz</i>	9
<i>Kanalisation</i>	10
<i>Straßenbau</i>	10
<i>Internet</i>	10
<i>B 39 – Straßenbau</i>	10
<i>Abgasreduzierung in der Innenstadt</i>	11
<i>Schieferkopf</i>	11
<i>Klemmhof-Situation</i>	11
<i>Wirtschaftsförderung</i>	12
<i>Öffentliche Sicherheit und Ordnung</i>	12
Programm Bad Dürkheim (Stadt)	13
<i>Sondermülldeponie „Am Bruchhübel“:</i>	13



Präambel:

Die Piratenpartei steht für die Bewahrung und Gewährleistung von Freiheit und Demokratie. Unter dieser Überschrift versammeln wir ein weites Spektrum einzelner Themenbereiche, wie zum Beispiel bürgernahe Politik und die Abschaffung bestehender und Verhinderung neuer Zensur- und Überwachungsmaßnahmen. Hierzu gehören auch offene Standards und quelloffene Software in kommunalen Behörden, die Stärkung der Internetkompetenz der Bürger, die Schaffung von Internetzugängen unabhängig vom Wohnort und ein ernst gemeinter, echter Datenschutz für alle Menschen. All dies basierend auf freiem Zugang zu Kultur, Wissen und Bildung. Viele dieser Themen müssen auf kommunaler Ebene beantwortet werden. Mit dem Anspruch, eine Partei auf allen Ebenen der Politik zu sein, haben wir, die PIRATEN des Kreisverbandes Mittelhaardt, dieses Parteiprogramm beschlossen.

Allgemeine Programmpunkte für den gesamten Kreisverband

Bürgerbeteiligung und politische Transparenz

Die Piratenpartei versteht sich als Bürgerrechtspartei im Informationszeitalter. Ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Bürgerrechte ist es, dem Bürger mehr Möglichkeiten zu bieten, Einfluss auf die Politik zu nehmen. Um der Stimme des Bürgers Gehör zu verleihen, setzt sich die Piratenpartei Mittelhaardt für folgende Punkte ein:

- Online-Mitzeichnungsmöglichkeiten von Bürgerbegehren für eine unbürokratische Mitgestaltung der Politik durch den Bürger
 - Entscheidungsprozesse aller gewählten Gremien transparent nach außen darstellen
 - Berücksichtigung von Empfehlungen ausschließlich auf Basis der Sachkunde anstatt Partei- oder Lobbyzugehörigkeit
 - Einführung von Bürgerhaushalten in den Kommunen
- Das zentrale Anliegen der Piratenpartei ist der „Gläserne Staat statt des gläsernen Bürgers“. Ein gläserner Staat ist transparent in seiner Arbeit und dient ausschließlich dem Gemeinwohl der Bürgergemeinschaft.

Dazu zählen:

- Transparenz statt geheime Absprachen
- Bürgerwille statt Regieren von oben

Wir bieten jedem engagierten Bürger die Möglichkeit, zu einer besseren Politik beizutragen. Die PIRATEN setzen sich für eine transparente und bürgernahe Politik ein.

Transparente Verwaltung

Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, um bisher nicht zugängliche Behördenunterlagen zur Veröffentlichung aufzubereiten. Der Aktenbestand soll systematisch digitalisiert und veröffentlicht werden, beginnend mit Vergabeunterlagen für öffentliche Aufträge.

Alle städtischen Finanzdaten inkl. der Kontoführung sollen den Bürgerinnen und Bürgern im Netz zur Information zur Verfügung stehen. Eine Anonymisierung ist nur zum Datenschutz von Privatpersonen akzeptabel. Auch alle Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist, unterliegen einem besonderen Transparenzanspruch. Durch die Transparenz wollen wir das Vertrauen der Bürger in die Verwaltung und die Städtischen Betriebe stärken. Sollte es Misswirtschaft in Verwaltung oder Betrieben geben, wird dies durch die verbesserte Transparenz schneller erkannt und behoben.

Ratsinformationssystem verbessern

Die Kommunen betreiben bereits seit einiger Zeit ein Ratsinformationssystem in dem Dokumente und Termine der städtischen Gremien öffentlich zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen dieses System weiterentwickeln, mehr Informationen zur Verfügung stellen und bessere Möglichkeiten zum Daten-Export bereitstellen. Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit bekommen, sich über Newsletter und RSS-Feeds Updates zu bestimmten Gremien oder Themen zu abonnieren.

Stadtratssitzungen online übertragen

Der Stadtrat bzw. Gemeinderat ist das wichtigste Gremium der Kommunalpolitik. Dort wird öffentlich über die Zukunft der Stadt debattiert und abgestimmt. Wer keine Möglichkeit hat direkt an den Sitzungen teilzunehmen, kann die Abläufe und Argumente der Diskussionen kaum nachvollziehen.

Wir wollen Stadt- und Ortsbeiratssitzungen daher live und für jeden zugänglich ins Internet übertragen. Die Sitzungen sollen per Video aufgezeichnet und auf den Webseiten der Kommunen gemeinfrei verfügbar gemacht werden. So kann sich jeder Bürger unabhängig von Ort und Zeit informieren. Bei nichtöffentlichen Sitzungen soll mindestens die Tagesordnung, der begründete Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit und die entsprechende, namentliche Abstimmung veröffentlicht werden.

Öffentlich-private Partnerschaften transparent machen

Öffentlich-private Partnerschaften müssen rechtzeitig vor dem Abschluss offen gelegt werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich selbst ein Bild von den Inhalten der zu treffenden Vereinbarungen machen können. Das wesentliche Problem bei solchen Projekten sehen wir in der Vermarktung öffentlicher Interessen. Damit fördert die Stadt, dass private Einrichtungen Einfluss auf kommunale Aufgabenfelder nehmen.

Datenschutz auf allen politischen Ebenen

Das Thema spielt in der gesamten Politiklandschaft eine völlig untergeordnete Rolle. Die PIRATEN sind die einzige Partei, die ganz besonders für die Themen Datenschutz und Schutz der Privatsphäre der Bürger eintritt. Das kürzlich verabschiedete Programm zur Landtagswahl 2011 unterstreicht diesen Anspruch in aller Deutlichkeit. Es ist notwendig, sich diesen Herausforderungen auf allen politischen Ebenen (Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik) zu stellen. Die Piratenpartei wird in jeder Phase kommunaler Ausschreibungen, Projekte und Entscheidungen kritisch die Bürgerrechte und den Datenschutz in die Betrachtungen einbeziehen.

Die Erfassung von immer mehr Daten in fast allen Lebensbereichen der Bürger führt zu massiven Problemen. Um diese zu verstehen, ist eine Einzelfallbetrachtung bzgl. der Erfassung nicht zielführend.

Genau das Gegenteil ist der Fall. Viele Daten, die bereits erfasst werden, werden für sich genommen meist als ungefährlich wahrgenommen. Was bei der Diskussion immer wieder ausgeblendet wird, ist die Verknüpfung der Informationssysteme untereinander und die Zuordnung von Daten, die in einem System liegen, zu Daten zu einer Person, die in anderen Systemen hinterlegt sind. Diese Zusammenführung geschieht heute meist noch durch manuelle Eingriffe. Die Automatisierung wird aber bereits umgesetzt. Der gemeinsame Schlüssel für diese Automatisierung der Verknüpfung wurde bereits eingeführt: Die neue, ab der Geburt lebenslang gültige Steuernummer. Eine Personenkennziffer durch die Hintertür des Steuerrechts. Die verschiedenen Datensammlungen, deren Abgleich und die Rasterung im Falle eines Verbrechens führt sehr schnell dazu, dass gar nicht erst klassische Ermittlungen durchgeführt werden, sondern dass zunächst Datenbanken daraufhin untersucht werden.

Am Ende muss der Bürger seine Unschuld beweisen, da alle Daten darauf hindeuten, dass er im Kreis der Verdächtigen ist. Wir unterstellen: Wir Bürger sind keine Täter. Auch keine potentiellen. Das Grundgesetz, dessen primäre Aufgabe es ist, den Bürger vor dem Staat zu schützen, stellt nicht umsonst die Unschuldsvermutung in den Vordergrund. Diese wird allerdings mit den angehäuften Datenhalden ausgehebelt und ad absurdum geführt. Wir fordern:

- Ein kompetentes, gut besetztes Datenschutzbüro, welches in kommunale Projekte eingebunden wird
- Den besten Datenschutz: Datenvermeidung statt -erhebung
- Kürzest-mögliche Fristen für die Aufbewahrung zwingend notwendiger Daten
- Öffentliche, einfach zugängliche und klar verständliche Bereitstellung von Informationen darüber, wo die Verwaltung welche Informationen über welchen Bürger speichert und wie sie diese Daten schützt

Demokratie und Freiheit sind die Basis von allem. Beides braucht effektiven, ernst gemeinten Datenschutz. Daran muss Politik sich messen lassen. Selbstverständlich auch auf kommunaler Ebene.

Soziales

Die Piratenpartei Mittelhaardt setzt sich ein, dass das Ehrenamt stärker gefördert wird. Dies kann zum Beispiel durch zugewiesene Finanzmittel oder durch Vergünstigungen geschehen.

Öffentlicher Personennahverkehr

Flächendeckend behindertengerechte Busse einsetzen

Im öffentlichen Personennahverkehr der Region werden noch immer Busse mit einem hohen Einstieg eingesetzt. Da jedoch gerade ältere und behinderte Menschen auf diese Art der Fortbewegung angewiesen sind, ist ein unbeschwerter Einstieg in die Busse nötig. Wir fordern daher, dass flächendeckend Niederflrbusse oder andere Busse mit einem stufenlosen Einstieg eingesetzt werden.

Damit auch sehbehinderte Menschen den öffentlichen Nahverkehr nutzen können ist es notwendig, dass die Busse mit Ansagen zur aktuellen Haltestelle ausgestattet werden, wie es bereits in Zügen üblich ist.

Bedarfsgerechtes Angebot

Es sind die benötigten Kapazitäten des Einsatzes von Bussen auf den bestehenden Buslinien und für eventuell benötigte neue Buslinien durch eine unabhängige Stelle zu ermitteln und bedarfsgerecht auszubauen, gegebenenfalls ist hier einzusparen.



Fahrgastrechte im Busverkehr

Fahrgastrechte sind ein essentieller Bestandteil einer zuverlässigen Fahrgastbeförderung. Es ist daher notwendig, dass diese auch tatsächlich die Rechte der Fahrgäste stärken und im ausreichenden Maß bekannt sind.

Für viele Menschen ist der Busverkehr die einzige Möglichkeit auch in späten Stunden in die Ortsteile zu gelangen, wir fordern daher für den Busverkehr in der Region verbindliche Fahrgastrechte festzulegen. Hierzu wird eine Hotline eingerichtet, welche zu Zeiten an denen Busse verkehren erreichbar ist. Der Anruf zu dieser Nummer muss für den Fahrgast kostenfrei sein.

Digitale Kultur

Gut informierte Bürger sind die Basis für Demokratie und Freiheit. Genau das muss auf digitale Medien weiter ausgedehnt werden. Wir werden die Digitalkultur in der Region fördern und stärken. Ziel ist es, hier insbesondere die Kompetenz im Umgang mit dem für viele heute schon wichtigsten Kommunikationsmittel, dem Internet, zu vermitteln und auszubauen. Der selbstverständliche Umgang mit dem Internet erlaubt eine Willens- und Meinungsbildung aus einem breiten Spektrum unabhängiger Informationsquellen. Es ist wichtig, dass alle Bürger jeder Altersgruppe die Nutzung digitaler Kommunikation und Technik sicher und souverän anwenden können. Wir möchten die verschiedenen Generationen zusammenbringen um die Kluft zwischen analoger und digitaler Gesellschaft zu überwinden. Wir wollen:

- Aufklärungsarbeit leisten
- Treffpunkte zum Austausch von Fragen, Meinungen und Hilfen
- Nutzungspotentiale neuer Technik aufzeigen und erschließen
- Risiken und Prävention aufzeigen
- Nutzeranalysen durch Werbetreibende und Unternehmen begegnen
- Gründe und Hilfen für umsichtigen Umgang mit persönlichen Daten im Netz aufzeigen
- Zensur- und Überwachungsmechanismen des Staates erläutern
- Ausspähen durch staatliche Stellen und andere Neugierige begegnen
- Gegenseitige Unterstützung der Bürger fördern
- Ansprechpartner für Lehrer und Dozenten für die Umsetzung und den Ausbau bereits vorhandener Lehrpläne zu diesen Themen zur Verfügung stellen
- Ansprechpartner und Beratung für Eltern
- Beratung zum Thema Onlinesucht
- Vereinfachungen und Falschdarstellungen seitens der Politik und Medien aufdecken und einordnen (Beispiele sind Onlinespiele, Wahlcomputer, angeblich rechtsfreier Raum des Internets)
- Die strikte Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zur Barrierefreiheit von Internetauftritten der öffentlichen Hand

Diese Ziele möchten wir mit dafür bereitzustellenden, städtischen Räumlichkeiten und professioneller Infrastruktur umsetzen. Dabei werden wir die verschiedenen Zielvorstellungen der jeweiligen Altersgruppen berücksichtigen. Flankiert werden soll dies durch den Aufbau professioneller Angebote an bereits vorhandenen Einrichtungen. Eine Ergänzung durch Workshops und Seminare zu aktuellen Themen ergänzt die Weiterbildungsmaßnahmen. Digitale Kultur ist auch Netzkultur. Daher müssen alle Angebote durch darauf abgestimmte und damit integrierte Onlineangebote für die Neustadter Bürger abgerundet werden.

Diese Angebote müssen durch entsprechende Werbemaßnahmen in das Bewusstsein der Bürger getragen werden.

Genehmigungspflicht für Videoüberwachung

Die PIRATEN sind strikt gegen jede Videoüberwachung an Plätzen ohne polizeilichen Brennpunkt. In Neustadt muss ein Umdenken stattfinden, von der gefühlten Sicherheit hin zu einer konsequenten Abwägung zwischen Sicherheit und der Freiheit des Individuums. Wir fordern:

- Umkehr der Voraussetzungen für den Betrieb von Kameras: Der Bürger muss sich nicht im Nachhinein dagegen wehren, sondern jeder Betreiber muss sich im Vorfeld umfassend rechtfertigen
- Deutlichere, gut erkennbare und unmissverständliche Kennzeichnung von Geschäften und Gaststätten, die ihre Gäste und Kunden im Innenbereich überwachen
- Entschlossenes Vorgehen gegen jede Kamera, die unerlaubt im öffentlichen Raum angebracht wird

Öffentlicher Personennahverkehr

Park-and-Ride-System

Zur Entlastung der Innenstadt soll ein Park and Ride System in Neustadt eingeführt werden. Auf einer der großen Flächen am Rande Neustadts wird dazu ein Parkplatz eingerichtet, Parkgebühren fallen hierfür keine an. Eine spezielle Buslinie soll diesen Parkplatz dann mit wichtigen Örtlichkeiten Neustadts, wie z.B. Hauptbahnhof, Innenstadt und Friedhof, regelmäßig mit kurzfristiger Taktung verbinden.

Jugend

Neustadt ist im Moment für viele junge Menschen und Familien nicht attraktiv. Es fehlt an Ladengeschäften, welche auch für jüngere Generationen ansprechend sind. Aber auch bei der Freizeitgestaltung, beispielsweise an Diskotheken oder anderen Lokalitäten mangelt es. Die Stadt Neustadt an der Weinstraße muss daher aktiv in den Dialog mit den Jugendlichen treten. Es ist zu prüfen auf welchen städtischen Grundstücken eine Ausweitung des Abendangebots stattfinden kann. Etwaige Grundstücke oder Gebäude sollen möglichen Investoren zu attraktiven Konditionen angeboten werden, z.B. die ehemalige Tanzschule Wienholdt/Nickel. Auch soll es zu möglichen Lokalitäten auch Nachts eine gute Anbindung an den örtlichen Nahverkehr geben, die Stadt Neustadt an der Weinstraße hat zu diesem Zweck dann einen speziellen Linienverkehr o. ä. einzurichten.

Infrastruktur

Modernisierung der Infrastruktur zur nachhaltigen Steigerung der wirtschaftlichen Attraktivität der Stadt und Verbesserung der Zukunftsfähigkeit. Statt in nicht benötigte Großprojekte zu investieren, die bereits im 20. Jahrhundert konzipiert wurden, setzen wir uns für folgende Infrastrukturmaßnahmen ein:

Renovierung Bahnhofsvorplatz

Anstelle eines überdimensional teuren Tunnels sprechen wir uns für eine Renovierung des bestehenden historischen Bahnhofsvorplatzes aus. Für viele Menschen bietet sich auf dem Vorplatz bei ihrer Ankunft in Neustadt kein "guter erster Eindruck". Kaputte Bodenplatten, triste graue Blumenkübel und ein Busbahnhof der die besten Jahre auch schon hinter sich hat. Der Vorplatz muss daher saniert werden, um dem historischen Stil wieder gerecht zu werden. Auch sollen die Bushaltestellen mit Wartekabinen oder zumindest einer Überdachung ausgestattet werden.

Kanalisation

Hier sehen wir kurz bis mittelfristig Bedarf für eine grundlegende Sanierung und Kapazitätsaufbau der Neustadter Kanalisation. Indizien dafür sind:

In den letzten Jahren kommt es bei starken und länger andauernden Regenfällen, verstärkt zu Überschwemmungen - durch Rückstau der Kanalisation - bei tiefer liegenden Straßen, sowie von Kellergeschossen im Baubestand. Ursache ist die in der Kernstadt aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg stammende und für den damaligen Bedarf ausgerichtete Kanalisation. Seitdem fand jedoch, bedingt durch das Bevölkerungswachstum, ein enormer Flächenverbrauch für neue Wohngebiete und eine bauliche Verdichtung (Geschosswohnungsbau) statt, ohne dass dafür eine ausreichende Kapazitätsanpassung erfolgt ist. Häufig wurden ganze Neubaugebiete einfach an das bestehende System angeschlossen. Ebenso häuft sich die Zahl der (Wasser-)Leitungsbrüche, die auf eine verfallende Substanz der Kanalisation zurück zu führen ist.

Straßenbau

Neustadt hat augenscheinlich inzwischen wesentlich schlechtere Straßen als vergleichbare Städte und Landkreise in der Umgebung.

Deshalb sollten, nach einer erfolgten Kernsanierung des Abwassersystems, in einem ersten Schritt sämtliche Straßenbeläge der Hauptverkehrs- und Durchgangsstraßen der Kernstadt, sowie der Ortsteile mit neuen und qualitativ hohen Straßenbelägen saniert werden.

Internet

Bedauerlicherweise ist die Stadt Neustadt auch mit der Ausstattung von hochwertigen und zukunftssicheren VDSL-Internetanschlüssen gegenüber den umliegenden Städten und Gemeinden massiv in Rückstand geraten. Dies wirkt sich hemmend auf die Ansiedlung und den Erhalt von Unternehmungen aus, da in den meisten Branchen ein Internetanschluss mit doppelter DSL-Leistung nicht mehr ausreicht. Auch den derzeitigen Ausbau des mobilen LTE-Netzes erachten wir nur als Übergangslösung, da zu fürchten ist, da dessen Übertragungs- Kapazitäten in wenigen Jahren erschöpft sein dürften (analog zum bisherigen Mobilfunkdatennetz, dessen Übertragungsraten immer häufiger massiv einbricht). Diesem Wettbewerbsnachteil im gewerblichen wie im privaten Bereich sollte durch eine flächendeckende Verlegung modernster Glasfaserkabel beseitigt werden. Hierzu bieten sich folgende alternative Strategien an:

- Zweckgebundene Zuschüsse an den Kabelnetzbetreiber und/oder an weitere Internetanbieter.
- Unter der Regie der Stadtwerke baut die Stadt Neustadt ein eigenes Glasfasernetz auf.

Die Kosten für diese Investition und den Betrieb können langfristig durch die Vermietung der Leitungen und Gebühreneinnahmen erwirtschaftet werden.

B 39 – Straßenbau

Die Piratenpartei Mittelhaardt spricht sich gegen die Weiterführung des Tunnel-Projekts der Untertunnelung des Bahnhofsvorplatzes aus. Des Weiteren fordern wir die sofortige kompromisslose Beendigung sämtlicher Planung zu diesem Projekt. Auch fordern wir die Offenlegung sämtlicher angefallener Planungs- und Projektierungskosten. Auch soll offengelegt werden, wie diese Kosten gegenfinanziert wurden.

Abgasreduzierung in der Innenstadt

Neben dem oben genannten Park-and-Ride-System setzen wir uns für die Förderung von Elektroautos ein, um die Abgasbelastung in der Kernstadt zu reduzieren:

Durch Einrichtung von speziellen Elektroauto-Parkplätzen mit kostenfreier Auflademöglichkeit und durch kostenloses Parken aller Elektroautos auf öffentlichen Parkplätzen, wollen wir ein Zeichen für Neustadt setzen.

Schieferkopf

Die Bebauung am Schieferkopf soll sich verträglich zur vorhandenen Erschließung verhalten, das heißt ausschließlich zur Schließung der Baulücken direkt an der Bergsteinstraße im Rahmen der vorhandenen Bebauung.

Der Wille der Anwohner zeigt, dass keine darüber hinausgehende Bebauung am Schieferkopf stattfinden soll. Weitere Gründe gegen eine stärkere Bebauung am Schieferkopf sind zum Beispiel, die Erhaltung des gewachsenen Erscheinungsbildes von Hambach, die Erhaltung vorhandener Freiflächen sowie die problematische Verkehrssituation in der Freiheitsstraße, die keine weitere Steigerung des Verkehrsaufkommens erlaubt.

Klemmhof-Situation

Die Piraten Mittelhaardt sprechen sich gegen die Sanierung des Klemmhofes und der Verschwendung von Steuergeldern aus:

- Das Klemmhofprojekt war bereits vor der Sanierung wirtschaftlich nicht mehr tragbar, da es sich um eine veraltete Baukonzeption aus den 70er Jahren handelt.
- Die dauerhafte Beseitigung der Baumängel ist aufgrund des nicht lösbaeren Grundwasserproblems nicht möglich, da diesbezügliche Sanierungsmaßnahmen nach 10 Jahren wiederholt werden müssen.
- Aus finanzieller Sicht ist es verantwortungslos, dass, wie derzeit vorgesehen, Millionen in die Modernisierung des Klemmhofes fließen, ohne dass feststeht, ob die Bauaufsicht eine weitere Nutzung genehmigen wird.
- Wir fordern die Einstellung aller Modernisierungsmaßnahmen (z.B. Fenstererneuerung), sowie die Abtrennung des höher liegenden "Sparkassengrundstücks" vom Klemmhof-Grundstück mit dem Hauptgebäude. Letzteres soll abgerissen werden.

Für die dadurch gewonnene Fläche soll im Rahmen eines offenen Wettbewerbs, unter Beteiligung der Bürger und nach deren Wünschen, eine neue Nutzung gefunden werden.

Wirtschaftsförderung

Das Wirtschaftsleben in Neustadt war und ist historisch durch das Umfeld geprägt: auf Verwaltung, Weinbau und Tourismus ausgerichtet. Der Bereich Verwaltung befindet sich seit den 90er Jahren auf dem Rückzug (seit 1989 Wegfall der Versicherungsverwaltungen, Wegzug von Post und Telekom, Umstrukturierung im öffentlichen Dienst).

Seitdem hat sich die Stadt einseitig auf die Förderung des Weinbaus und des Tourismus konzentriert. Neuansiedlungen von produzierendem Gewerbe waren wegen mangelndem Interesse der Verantwortlichen in der Stadtverwaltung an solchen Betrieben nicht erfolgreich. Schlechte Kommunikation zwischen Neustadter Unternehmen und der lokalen Stadtverwaltung kam in den jüngsten Umfragen der IHK klar zum Ausdruck. Während sich die Nachbargemeinden Landau, Speyer, Grünstadt, usw. wirtschaftlich positiv entwickelten, ist Neustadt heute weitgehend deindustrialisiert, ausgewiesene Gewerbegebiete füllen sich bestenfalls mit kleinen Dienstleistungsunternehmen. Aktive Ansätze zur Ansiedlung neuer produzierender Unternehmen fehlen völlig.

Wir wollen nicht, dass Neustadt nur noch Altersruhesitz und Wohnort für Pendler wird. Wir fordern eine intensivere Bemühung um Ansiedlung von Gewerbe als bisher. Zunächst sollten die bestehenden Maßnahmen der Stadt zur Wirtschaftsförderung extern evaluiert werden, um Verbesserungspotentiale zu ermitteln und Fehler abzustellen.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Die Piratenpartei Mittelhaardt lehnt grundsätzlich präventive Ordnungsmaßnahmen für Volksfeste ab. Dazu zählen u.a. präventive Aufenthaltsverbote, Allgemeinverfügungen und Gefahrenabwehrverordnungen. Wir setzen uns dafür ein, dass kein Bürger aufgrund bloßer Vermutungen Grundrechts- und Menschenrechtseinschränkungen hinnehmen muss.

Programm Bad Dürkheim (Stadt)

Sondermülldeponie „Am Bruchhübel“:

Sanieren durch Rückbau statt abkapseln durch abdichten.

Für die Sondermülldeponie „Am Bruchhübel“ soll eine komplette Sanierung durch Rückbau erfolgen, damit auch in Zukunft keine Gefahr des Eindringens von Giftstoffen in Grundwasser und Atmosphäre besteht. Eine bloße Abkapselung durch Abdichtung und Abdeckung, bei der die Risiken und Kosten nachfolgenden Generationen übertragen werden, lehnen wir ab. Im Anschluss daran sollen Sanierungsprojekte ausgearbeitet werden, um die Abtragung und Sanierung der Deponien durch Rückbau der Deponie in Phasen durchzuführen. Die Verursacher der Altlasten sollen soweit möglich bei der Durchführung und Finanzierung der Sanierung in die Pflicht genommen werden